

Klimaschutz in den Städten

Potsdamer Antworten zu einem
Fragenkatalog des Deutschen Städtetages

Eine Veranstaltung des Energie Forum Potsdam e.V.
anlässlich der Kommunalwahl in Potsdam
September 2008



Lieber Leser,

anlässlich der Kommunalwahl 2008 hat das Energie Forum Potsdam e.V., 8 Parteien und Vereinigungen, die sich zur Wahl stellten, zur Mitarbeit aufgefordert und jeder von ihnen einen Fragebogen zum Thema Klimaschutz zugehen lassen. Die Fragen orientierten sich an einem Positionspapier des Deutschen Städtetages. Alle Fragebögen kamen mit - zum Teil ausführlichen - Antworten zurück. Nach einer ersten Auswertung forderten wir die Parteien auf, sich bei einer öffentlichen Veranstaltung der Diskussion zu stellen. Diese fand am 16. September im alten Rathaus statt und wurde von Helmuth Henneberg (RBB) moderiert. Sie finden hier zusammengefasst die Antworten der Parteien und die wichtigsten Äußerungen anlässlich der öffentlichen Veranstaltung.

Sie können den Papieren unschwer entnehmen, dass in den grundsätzlichen Fragestellungen ein außerordentlich großes Einvernehmen quer über die Parteien besteht. Auch in Detailfragen der politischen Umsetzung besteht eine manchmal überraschende Einigkeit.

Wenn es nach den in der SVV vertretenen Parteien und Vereinigungen ginge, müsste das INSEK um ein Kapitel „Stadt des Klimaschutzes“ ergänzt werden (inkl. förderfähiges Maßnahmenpaket); es würde ein Energiemanagement mit echten Kompetenzen geben; eine systematische Untersuchung der örtlichen Potentiale der erneuerbaren Energien wäre durchzuführen; die gesamte Bauleitplanung zu überprüfen; die eigenen Liegenschaften und Betriebe der Stadt sind gefordert – und vieles, vieles mehr. Die EWP erfreuen sich ganz besonderer Aufmerksamkeit in ihrer künftigen Aufgabenstellung.

Lediglich in ganz wenigen Fragestellungen traten Gegensätzlichkeiten auf. So etwa bei der Rolle des Denkmalschutzes und besonders deutlich bei der Frage, ob es Sozialtarife in der Energieversorgung geben sollte und wer das zu bezahlen hätte.



Die vielen hier angesprochenen Themen sind jetzt in den Gremien und besonders im Klimaschutzrat mit seinen Facharbeitsgruppen zu behandeln und zu vertiefen. Die Mitglieder des ENERGIE FORUM POTSDAM sind überall vertreten und werden sich engagiert und fachkundig zu Wort melden. Wir werden dann die Vertreter der Parteien und Vereinigungen im „politischen Alltag“ an ihre Aussagen bzw. die Aussagen ihrer Vertreter erinnern. Wir selber sind (partei)politisch neutral und haben uns mit dieser Anhörung um größtmögliche Sachlichkeit bemüht.

Diese Dokumentation gliedert sich in folgende Teile: I. Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse der Fragebogenaktion, II. Weitergehende Äußerungen der Parteien, III. Kommentar des Energie Forum Potsdam zu den Positionen und Anregungen der Potsdamer Politik.

Stefan Grzimek

Sophie Haebel

Nadine Ryslavý

Auf der folgenden Seite beginnt Teil I, die tabellarische Zusammenfassung der Antworten der Parteien/Wählervereinigungen. Ist das Feld mit einem o statt einem x belegt, bedeutet dies, dass in Teil II dieser Dokumentation eine ausführlichere Antwort auf die Frage zu finden ist.



		SPD	Linke	CDU	Bü.B	Andere	Grüne	FDP	Fam.P
1	Mit welchem Trend in der Preisentwicklung (Verkaufspreis der EWP) rechnen Sie bis 2020 bei Erdgas ?								
	a) eher fallend oder etwa gleich bleibend,								
	b) steigend (ca.1 - 3 % jährlich)	x	x						
	c) stark steigend (ca. 4 - 8 % jährlich oder darüber)	x		o	x	o	x	x	x
3	Zur lokal erzeugten erneuerbaren Energie gehören Windkraft, Biomasse, Sonneneinstrahlung, Wasserkraft und Erdwärme. Wie sollte man vorgehen, um diese Energiequellen für unsere Stadt und die Bürger nutzbar zu machen ?								
	a) Die neue Energietechnik wird in Abhängigkeit von der Preisentwicklung durch die verschiedenen Produzenten und Verbraucher entwickelt und bedarf keiner besonderen Steuerung zur Nutzbarmachung								
	b) die Stadt sollte für diese Energiequellen eine fachkundige Potentialabschätzung erstellen (lassen) und Aussagen zu den technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Nutzung machen			o					
	c) wie b), darüber hinaus sollte die Stadt für ihren eigenen Bereich (Liegenschaften, Betriebe, Verkehr) einen Plan erstellen, wie und wann regenerative Energien genutzt werden können bzw. sollen	o	x		x	o	o	x	o
4	Sollte die Erschließung und Nutzung der Sonnenenergie (Fotovoltaik, Solarthermie) im Rahmen der Bebauungspläne und Satzungen								
	a) dem einzelnen Grundstückseigentümer überlassen bleiben								
	b) angeregt / ermöglicht werden	x	x	x	x	o			
	c) vorgeschrieben werden						x	x	
	d) ..								o
5	Wenn „angeregt / ermöglicht“, wie sollte man die Bürger (Bauherren) motivieren in energiesparende Maßnahmen und/oder regenerative Energieerzeugung zu investieren?								
	a) durch kommunale Zuschüsse (mit bestimmten Auflagen)		x		x			x	
	b) durch fachliche Information und Beratung, auch im Einzelfall	x	x	x	x	x	x	x	
	c) durch einen Aufruf des OB	x							
	d) ..	o		o					o
6	Wie sollte mit dem Zielkonflikt „Solare Nutzung von Dächern / Fassaden kontra Denkmalschutz“ bei Solaranlagen, die keiner Baugenehmigung bedürfen, umgehen ?								
	a) Denkmalschutz hat immer Vorrang, die Entscheidung soll im Einzelfall im Ermessen der Verwaltung liegen (bisherige Praxis)	x							
	b) Anlagen generell zulassen (Verordnung oder Satzung), aber mit bestimmten Ausnahmen (markante historische Bauten wie Schloss Sanssouci)		x		x			x	

		SPD	Linke	CDU	Bü.B	Andere	Grüne	FDP	Fam.P
10	Der Städtetag schlägt vor, dass die Stromversorgung der städtischen Liegenschaften zu mindestens 25 % aus regional erneuerbaren Energiequellen erfolgen soll								
	a) Solche Vorgaben sind unsinnig								
	b) die Vorgabe ist unrealistisch hoch und kann frühestens in 10 Jahren erreicht werden.	o		x				x	
	c) dieser Wert ist mit den heutigen Möglichkeiten machbar und soll in der kommenden Wahlperiode umgesetzt und möglichst übertroffen werden.		x		x	o	x	x	
	d)..							o	o
11	Halten Sie den weiteren Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen für sinnvoll, um auch die Innenstadtgebiete zu versorgen und die Potentiale der KWK-Technik (auch mit dezentralen Anlagen) noch konsequenter zu nutzen?								
	a) Das halten wir aus wirtschaftlichen Gründen für undurchführbar und außerdem lehnen wir einen Anschlusszwang ab.								
	b) ja, aber nur im Rahmen langfristiger Planungen des Versorgers und entsprechender Festlegungen durch die Stadt, alternativ im Rahmen städtebaulicher Verträge, damit sich die Grundstückseigentümer einstellen können und Fehlinvestitionen vermieden werden.				x	x		x	
	c) wie b), aber bei Anschlusszwang muss es sehr harte Auflagen gegenüber dem Versorger / Wärmelieferanten geben hinsichtlich Technik, Wirtschaftlichkeit und Transparenz der Preisbildung – mit Ausstiegsklausel für den Abnehmer.	x	x	x		x	x	x	x
	d)..					o		o	o
12	Werden Sie sich in der kommenden Legislaturperiode für ein kommunales Energiemanagement einsetzen, wie es der Städtetag vorschlägt, das folgende Aufgaben übernimmt: Koordinierung der dezentralen Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen (in Abstimmung mit den Stadtwerken), fachliche Vorgaben zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude und deren Bewirtschaftung, Berichtswesen und Beschlussvorlagen für die Stadtverordnetenversammlung (SVV)?								
	a) Ein weiteres Gremium innerhalb der Verwaltung lehnen wir ab, der kürzlich gegründete Klimaschutzrat und die Koordinierungsstelle reichen aus								
	b) ja, aber den Aufgabenkatalog würden wir anders gestalten								
	c) ja, wir sind für ein kompetentes Energiemanagement, das über Koordinationsaufgaben hinaus das Recht hat, Kriterien und Vorgaben für die Verwaltung zu definieren, Berichte und Gutachten einzufordern und durch Auswertungen und Darstellungen die fachliche und politische Information der Verwaltungsspitze, der SVV und der Öffentlichkeit sicherstellt	x	x	x	x	x	x	x	x
	d)..			o		o			

		SPD	Linke	CDU	Bü.B	Andere	Grüne	FDP	Fam.P
	b) wir würden in der kommenden Legislaturperiode die in Arbeit befindlichen und künftigen Bebauungspläne untersuchen und ausrichten lassen (§ 9 BauG), um alle Belange einer ökologisch vernünftigen Stadtstruktur und Bauweise zu berücksichtigen	x			x			x	
	c) wie b), wir würden in der kommenden Legislaturperiode auch den bestehenden Flächennutzungsplan und die bestehenden Bebauungspläne überprüfen lassen, damit unbeschadet vom Bestandsschutz alle heutigen Erkenntnisse in neue Bauvorhaben Eingang finden und bestehende Strukturen allmählich umgebaut werden (z.B. Abbau von Verkehrsaufkommen)		x	o		o	x	x	x
	d) ..							o	
16	Würden Sie sich in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, alle rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten für energetisch und ökologisch gutes Bauen und Bewirtschaften anzuwenden und auszuschöpfen, wie z.B. Maßnahmenpläne nach Baugesetzbuch, Energiecontracting im kommunalen Bestand, Privat-Öffentliche Partnerschaften zur Finanzierung von Investitionsvorhaben ?								
	a) Nein, die Verwaltung wäre da überfordert, außerdem gibt es zu viele Risiken								
	b) ja, und wir werden dafür sorgen, dass das Verwaltungs-Know-how und die rechtliche und technische Beratung sichergestellt sind	x							
	c) ja, wie b), außerdem müssen derartige Ansätze Teil einer abgestimmten Strategie und Berichterstattung sein – etwa im Rahmen des kommunalen Energiemanagements		x	x	x	x	x	x	x
	d)..			o					o
17	Der innerörtliche Verkehr belastet die CO2-Bilanz sehr stark, jedoch sind die kommunalen Eingriffsmöglichkeiten begrenzt. Wie sehen Sie die Handlungsmöglichkeiten ?								
	a) Wir können und wollen den Bürgern keine Vorschriften machen, welche Verkehrsmittel sie nutzen, kein Handlungsbedarf auf kommunaler Ebene								
	b) ja, wir können zur CO2-Vermeidung und beim Geldsparen eine Menge tun, indem wir den öffentlichen Nahverkehr (ÖNV) konsequent ausbauen und die Verkehrsbetriebe anhalten, auf Biogasantrieb oder Elektroantrieb mit Ökostrom umzustellen,. Wir würden auch das Fahrradwegenetz verstärken	x		x	x		x	x	x
	c) wie b), darüber hinaus würden wir das individuelle Autofahren „bestrafen“ durch abschreckende Parkgebühren und Parkraumbewirtschaftung (Berücksichtigung der Anliegerinteressen) , Geschwindigkeitsbeschränkungen, Fahrverbotszonen und –zeiten		x						
	d)..		o	o	o	o	o		

		SPD	Linke	CDU	Bü.B	Andere	Grüne	FDP	Fam.P
18	Das individuelle Verhalten ist ein wesentlicher Faktor des Energieverbrauches. Würden Sie im Rahmen der Kommunal-politik versuchen, auf das Verhalten des Einzelnen Einfluss zu nehmen?								
	a) Warum? Der Einzelne weiß sehr gut, was er sich leisten kann. Kein Handlungsbedarf								
	b) ja, durch Information und Aufklärung, die Vermittlung von guten Beispielen				x				
	c) ja, wie b), aber wir würden eine Energiespar-Kampagne machen und als Kommune mit gutem Beispiel vorangehen (Sichtbarmachung von Energiesparmaßnahmen)	x	x	x		x	x	x	
	d)				o	o	o		o
19	Viele Handlungsfelder sind von Bundes- und Landesgesetzen abhängig. Der Städtetag formuliert zahlreiche Forderungen an den Gesetzgeber. Was können wir als Potsdamer tun?								
	a) Nichts, das ist Sache der Gremien auf Bundes- und Landesebene								
	b) Wir würden als Kommune und als Kommunalpolitiker in den Gremien mitarbeiten,				x				x
	c) wie b), aber wir würden sehr konkrete Forderungen an Bund und Land richten, insbesondere brauchen wir Förderprogramme, vor allem bei der Gebäudesanierung. Das Land soll die schon projektierten Windkraftanlagen („Windkraftvorranggebiete“) ermöglichen und durchsetzen		x				x	x	
	d) ..	o		o		o	o	o	
20	Nicht vom Städtetag, sondern aus dem politischen Raum kam in letzter Zeit die Forderung, bei Strom und Gas „Sozialtarife“ einzuführen. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?								
	a) Dafür werden wir uns einsetzen, die Tarifsenkung für kleine Verbraucher oder Geringverdiener sollen aus den Gewinnen der Konzerne finanziert werden.	x	x			x			
	b) Das halten wir für den falschen Weg. An größerer Sparsamkeit der Verbraucher führt kein Weg vorbei. Nicht der Verbrauch, sondern die bessere Wärmedämmung und die Erschließung der heimischen Energiequellen müssen subventioniert werden.						x	x	x
	c) Subventionen sind immer schlecht, egal, wer sie erhalten soll. Denn damit sind teure Fehlentwicklungen vorprogrammiert, für die in letzter Konsequenz der Steuerzahler aufkommen muss. Bei explodierenden Öl- und Gaspreisen wird sich sparsames Verhalten und die neue Energietechnik von ganz alleine durchsetzen.			x				x	
	d) ..	o			o	o			

In diesem Abschnitt finden Sie weitergehende Angaben und Meinungsäußerungen der Parteien/Wählergruppen zu den vom EFP formulierten Fragen. In der linken Spalte befindet sich die Nummer der Frage, in der rechten Spalte die entsprechende Antwort.

Antworten der SPD

3	<p>Die Stadt sollte für diese Energiequellen eine fachkundige Potentialabschätzung erstellen (lassen) und Aussagen zu den technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Nutzung machen und darüber hinaus sollte die Stadt für ihren eigenen Bereich (Liegenschaften, Betriebe, Verkehr) einen Plan erstellen, wie und wann regenerative Energien genutzt werden können bzw. sollen.</p> <p>Es sollten Investitionen zum Stromsparen getätigt werden, dies könnte auch sein, dass ein gewisser Prozentsatzes des Gewinns der Unternehmen (welcher aus den Bilanzen ersichtlich ist) dafür genutzt wird.</p> <p>Energetisch sanierte öffentliche Einrichtungen haben auch Vorbildverhalten. Anreizsysteme für Umstellung auf Hybridfahrzeuge o.ä., AA Stromgeräte könnten ebenfalls als Investition in die Zukunft durch die Stadtwerke realisiert werden.</p>
5	durch fachliche Information und Beratung, auch im Einzelfall durch einen Aufruf des OB sowie das Engagement der einzelnen Stadtverordneten für diese sensible Thema
6	Denkmalschutz hat immer Vorrang, die Entscheidung soll im Einzelfall im Ermessen der Verwaltung liegen (bisherige Praxis), aber unter den Gesichtspunkten der Erfüllung des Klima-Bündnis-Maßnahmekatalogs der Stadt.
8	und es kann ein politischer Auftrag durch den Gesellschafter (die Stadt) an Aufsichtsrat und Geschäftsführung erteilt werden (als politischer Handlungsauftrag durch die SVV gefordert), ein Investitionsprogramm und ein Maßnahmenpaket mit Zeitplan und Erfolgskriterien aufzustellen und durchzuführen (je nach Umsetzungsstärke der erstgenannten Punkte)
10	die Vorgabe ist unrealistisch hoch, wenn im Moment eine Einspeisung von 6% erfolgt, sollte aber stetig erhöht werden. (siehe Frage 2, alternative Energien vor Ort)
19	Wir würden als Kommune und als Kommunalpolitiker in den Gremien mitarbeiten, aber wir würden sehr konkrete Forderungen an Bund und Land richten, insbesondere brauchen wir Förderprogramme, vor allem bei der Gebäudesanierung.
20	Dafür werden wir uns einsetzen, die Tarifsenkung für kleine Verbraucher oder Geringverdiener sollen aus den Gewinnen der Konzerne finanziert werden. Idealerweise gilt es bundesweit ein Sozialmodell geschaffen werden, welches über die Gewinne der Unternehmen finanziert wird, aber auch den Bürger gleichzeitig anhält Energie zu sparen, d.h. z.B. jede Person pro Haushalt steht eine gewisse Summe x kWh günstiger zur Verfügung und wenn diese aufgebraucht sind, steigt der Preis. Der Effekt wäre, das Familien je Person diesen subventionierten Preis nutzen könnten und tatsächlich entlastet würden, aber trotz allem jeder versuchen wird, nicht über diese Summe hinaus Strom zu verbrauchen, ähnlich dem Modell wäre Gasverbrauch etc.

Statement: Seit fast 20 Jahren warnen Wissenschaftler davor, dass sich durch den Klimawandel die Atmosphäre überhitzt. Erst als die Energieknappheit hinzukam, waren und sind die Menschen bereit, dass eine Lösung für das größte Umweltproblem gefunden werden muss. Fast alle haben erkannt, dass unsere Zukunft auf dem Spiel steht. Wir wollen, dass Strom und Wärme zuverlässig zur Verfügung stehen, bezahlbar bleibt und möglichst umweltfreundlich erzeugt werden. Die Verzahnung von Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz muss zusammen gebracht werden, bis in die kleinste Kommune, auch in Potsdam. Sicher, billig, sauber haben Schnittmengen, die es zu finden gilt, um das optimale für die Zukunft zu ermöglichen, doch es ist nicht einfach. Die Ziele mehr Wohlstand für den Menschen sowie Schutz des Klimas sind der richtige Weg, um das Energieproblem zu lösen. Tun kann jeder was. Verbraucher können durch ihr Kaufverhalten und mit ihrer Wählerstimme das Handeln von Unternehmen und Regierungen beeinflussen. Wenn Verbraucher aufhören, riesige Geländewagen mit hohem Spritverbrauch für den Stadtverkehr zu kaufen, werden Autofirmen aufhören, sie herzustellen. Wenn Wähler massiv fordern, den Bau von Radwegen voranzubringen, werden die Städte welche anlegen. Wenn Kunden scharenweise zu einer Reinigung gehen, die ihr Wasser mit Solarenergie aufheizt, werden andere Betriebe diesem Beispiel folgen. Und wenn die Wähler sich von Politikern, die die Bedrohung durch den Klimawandel ignorieren, abwenden, werden die Regierungen ihre Politik ändern.

Antworten der CDU

- | | |
|-----------|---|
| 1 | in weniger als 15 Jahren ist für private Haushalte mit einer Verdopplung der heutigen Strompreise zu rechnen. Durch die dann erreichten Preise ist eine Stabilisierung des Energiemarktes mit regenerativer Energie möglich. Das bedeutet, dass die Energiepreise voraussichtlich nicht unendlich steigen werden. (Quelle: Zeitschrift Der Immobilien Verwalter 4/2008) |
| 3 | Außerdem sollte die Stadt die in Potsdam vorhanden Angebote z.B. regionale Entwicklungen von Klein -BHKW für Ein- und Mehrfamilienhäuser stärker unterstützen und nutzen. |
| 5 | durch Förderprogramme des Landes/des Bundes/der EU wie z.B. durch das Marktanreizprogramm der Bundesregierung (500 Mio. € für die energetische Modernisierung von Wohngebäuden) |
| 6 | ein Kompromiss aus Antwort a) und c) |
| 8 | + Überprüfung der Quersubventionen für die defizitären Sparten des Mischkonzern Stadtwerke Potsdam |
| 12 | c) + Arbeitsgruppe aus Wohnungswirtschaft/Kommunaler Immobilien-Service und Verwaltung |
| 13 | in Abstimmung mit STEP. |
| 15 | c) + Besonderheiten ländlicher Raum wie z.B. Reduzierung der Lichtverschmutzung durch die Straßenbeleuchtung (Energieeinsparung bis 25 % möglich, vgl. Augsburg o.a. Städte) |
| 16 | Allerdings gibt es bisher kein kommunales Energiemanagement. Auch die Diskussionen zu Anträgen der CDU-Fraktion zu Umweltfragen/Energieeinsparung (z.B. Reduzierung der Lichtverschmutzung) lassen eher ein wenig ausgeprägtes Umweltbewusstsein bei der Stadtverwaltung erkennen. |
| 17 | b) + Senkung der CO2 Emission durch Umsetzung der vorliegenden Verkehrskonzeptionen. |
| 19 | ohne Umsetzung der Windkraftanlagen. |

20 Zusätzliche Sozialtarife gehen zu Lasten der übrigen Solidargemeinschaft. Besonders Familien und Alleinerziehende mit niedrigen Einkommen und ohne Anspruch auf staatliche Zuschüsse werden dadurch noch stärker belastet. Außerdem muss nach Meinung der CDU durch den Gesetzgeber der §22 SGBII -Leistungen für Unterkunft und Heizung-
(1) Leistungen für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit diese angemessen sind.
dahingehend geändert werden, dass es auch für Harz IV-Empfänger einen Anreiz zur Einsparung von Betriebskosten, insbesondere von warmen Betriebskosten gibt. Hier wäre ein Bonus-/Malussystem denkbar.

Antworten des Bürger Bündnisses

13 Ja, aber dann sollten die Rahmenbedingungen geklärt sein, z.B. kurze Transportwege, Nachhaltigkeit des Aufkommens etc. als auch die rechtlichen Grundlagen des jetzigen Entsorgungsauftrags mit der STEP.

17 Mobilität klimaverträglich zu gestalten, heißt vor allem, nach energiesparenden, effizienten und sauberen Lösungen zu suchen. Es ist daher notwendig, Schadstoffemissionen zu reduzieren, alternative Kraftstoffe zu suchen (Erd-/Biogas), innovative Antriebstechnologien einzusetzen (Wasserstoff- und/oder Elektroantriebe), aber auch häufiger auf das Auto zu verzichten und alternative Verkehrsmittel zu nutzen. Dabei ist der konsequente Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) ebenso wichtig, wie das weiter zu verstärkende Fahrradwegenetz. Auch die konsequente Umsetzung des Feinstaub- und Lärmaktionsplans der LHP ist zwingend notwendig.

18 Ja, durch Information und Aufklärung und die Vermittlung von guten Beispielen (z.B. die kostenlose Nutzung des ÖPNV für Jugendliche bis 18 Jahren).

20 Einen „Sozialtarif“ bei Strom und Gas einzuführen, halten wir für eine vertretbare Forderung. Wir sehen jedoch Diskussionsbedarf, wie die Tarifsenkung für kleine Verbraucher und Geringverdiener finanziert werden sollte. Eine gleichzeitige Änderung im Verbraucherverhalten (Energieeinsparung) und die Bereitstellung energieeffizienterer Geräte muss diese Förderung begleiten.

Antworten der Wählergemeinschaft Die Andere

1 Ein Trend ist schwer abzuschätzen. Tendenzen zwischen b) und c) sind wahrscheinlich. Viele Faktoren haben Einfluss auf den Einkaufspreis bei Erdgas (z.B. Aufrechterhaltung Erdölpreisbindung oder politische Spannungen zu Russland) und somit auf den Verkaufspreis der EWP. Die Preisentwicklung hat auch eine direkte Auswirkung auf den Fernwärmepreis.

3 c) und/oder d) entscheidende Einflussnahme im kommunalen Planungsrecht (z.B. Flächennutzungs-, Bauleit- und Nahverkehrsplan). Für dezentrale Energieerzeugung gibt es einen wirklichen Markt als Gegensatz zu den bestehenden Monopolen (EON, Vattenfall). Dezentrale Energieerzeugung erhöht die Rohstoffsicherheit, fördert den lokalen Arbeitsmarkt, fördert Technologie und Handwerk und ist damit letztlich ein wesentlicher Jobmotor.

4 An öffentlichen Gebäuden wäre ein auf den zu erwartenden Energieverbrauch (Wärme+Strom) angepasster Pflichtanteil denkbar und finanziell vertretbar.

5 a), b) und c) Hauptaugenmerk liegt aber auf b)

6 Wir sehen hier Gesprächs-/Klärungsbedarf, ggf. ist eine Satzung sinnvoll (c). Auf jeden Fall soll eine Entwicklung hin zur mehr solaren Nutzung gefördert werden.

7 die Kommune soll selber Solaranlagen auf ihren Dächern betreiben und/oder prädestinierte Flächen wie unter b) gewinnbringend und vertragssicher (Bsp.: Dachbeschädigung) verpachten.

8 d) langfristige Unabhängigkeit von EON notwendig (Interessenkonflikt) e) Umsetzung unseres Konzeptes zur Gründung eines partizipativen Eigenbetriebes

9 Führt zu mehr Transparenz im Verbrauch. In Verbindung mit klaren Angeboten und Partizipationsangeboten führt dies zu mehr Kundenbindung.

Antworten der FDP

- | | |
|----|---|
| 1 | <p>Die Erdgaspreise sind lt. Statischem Bundesamt von 09/2008 von 1996 bis 06/2008, also in den letzten 12 Jahren um ca. 100 % gestiegen. Eine langfristige Entspannung am Energiemarkt ist kaum zu erwarten. Fossile Rohstoffe werden immer knapper. Ihre Ausbeutung wird immer härter umkämpft, und das schlägt sich auf den Energiepreis nieder. Also ist von c) weiter stark steigenden Preisen auszugehen. Eine entscheidende Rolle spielt das gesamtstaatliche Wirtschaftswachstum, da bei steigenden Wirtschaftswachstum der Energiebedarf der Volkswirtschaft ebenfalls steigt. Es gibt jedoch auch Szenarien (aus dem BMWi) die von 2014 an sogar von leicht sinkenden Preisen ausgehen.</p> <p>Hinzuweisen ist noch auf die Besonderheit der Ölpreisbindung des Erdgases: Bei der Preisbildung für Erdgas in Deutschland spielt die Ölpreisbindung eine entscheidende Rolle. Diese ist nicht gesetzlich verankert, sondern resultiert aus einer internationalen brancheninternen Vereinbarung zwischen ausländischen Zulieferern und deutschen Importeuren. In der Regel hat Erdgas gegenüber Öl eine Preisentwicklung die um 3 - 6 Monate verzögert ist. Die Preisadjustierungen erfolgen dabei in einem Quartalweisen oder halbjährlichen Rhythmus. Die Ölpreisbindung wurde in den 1960er Jahren eingeführt und diente insbesondere der Sicherung von Investitionen im Bereich der Förderung und Leitung von Erdgas: Weil für die Gewinnung und den Transport von Erdgas große Investitionen erforderlich waren, haben die Produzenten mit den vermarktenden Gasversorgungsunternehmen (GVU) langjährige Verträge abgeschlossen, die auch zur Besicherung der Investitions-Finanzierung herangezogen werden. Im Gegensatz zum Erdöl gibt es daher für Erdgas keinen Markt, an dem frei verfügbare Mengen zu Marktpreisen gehandelt werden.</p> |
| 4 | <p>Vorbild kann hier beispielsweise die Stadt Münster sein, die Niedrigenergiehäuser in Neubaugebieten vorschreibt.</p> |
| 5 | <p>votiert eindeutig für eine sinnvolle Kombination von a) und b). Durch das neue EEWärmeG wird der Anteil der EE im Neubaubereich vorgeschrieben: Ab 01.01.2009 Pflicht zum Einsatz von EE bei allen Neubauten. Bei Bestandsgebäuden ist das Marktanreizprogramm der BReg einschlägig. Weiterhin ist auf das CO₂-Sanierungsprogramm für Gebäude der KfW hinzuweisen.</p> |
| 6 | <p>votiert eindeutig für eine sinnvolle Kombination von b) und c).</p> |
| 7 | <p>votiert eindeutig für eine sinnvolle Kombination von b) und c).</p> |
| 8 | <p>Die Stadtwerke Potsdam/EWP haben kein sichtbares Konzept für EE. Dafür wird das Geld, was man für den Einsatz von EE schon hätte in Ansatz bringen können, für Stadtwerkefeste verpulvert. Hier sieht die FDP dringenden Handlungsbedarf. Die Stadtwerke arbeiten nicht zeitgemäß. Die Stadtwerkespitze ist abzulösen. Nach der Schaffung der entsprechenden Grundlagen bei den Stadtwerken Potsdam/EWP votiert die FDP eindeutig für eine sinnvolle Kombination von b) und c).</p> |
| 9 | <p>Am 06.06.2008 hat der Bundestag den Gesetzentwurf zur Öffnung des Zähl- und Messwesens im Strom- und Gasmarkt verabschiedet. Damit sind ab 2010 so genannte intelligente Zähler in Neubauten und Totalsanierungen Pflicht und Messstellenbetreiber müssen auf Wunsch digitale Zähler zur Verfügung stellen. Geltende Rechtslage ab 01.01.2009. Wenn der Zählertausch zügig umgesetzt wird, kann nach der vom BMWi in Auftrag gegebenen Studie „eEnergy“ bis 2010 der Stromverbrauch in deutschen Haushalten jährlich um 6,5 Prozent sinken. Der Kostenaufwand für den Austausch von geschätzten 49 Millionen Zählern liegt bei rund fünf Milliarden Euro. Die Energieunternehmen erhoffen sich von der Umstellung auf „Smart Meter“ verbesserte Prozesse und flexiblere Abrechnungssysteme. Es gibt also eine gesetzliche Verpflichtung.</p> |
| 10 | <p>votiert eindeutig für eine sinnvolle Kombination von b) und c), da dies insbesondere auch eine Frage der Finanzen und der zu tätigen Investitionen ist. Wo hat Potsdam diese finanziellen Potentiale bei der bestehenden Haushaltsstruktur? Potsdam braucht dazu ein Konzept mit einer realistischen finanzpolitischen Perspektive.</p> |

11	votiert eindeutig für eine sinnvolle Kombination von b) und c) aber mit wirtschaftlich vertretbaren Auflagen. Dabei werden Nahwärmenetze als o.k. betrachtet. Fernwärmenetze werden äußerst skeptisch beurteilt, da die Wärmeverluste bei der Übertragung als zu hoch gesehen werden müssen.
13	votiert eindeutig für c). Die Stadt kann mit gutem Beispiel vorangehen und den anfallenden Holzabfall beim Baumschnitt als Holzpellets einsetzen in einer entsprechenden Anlage.
15	votiert eindeutig für eine sinnvolle Kombination von b) und c). Die FDP ist für eine Verdichtung der Bebauung, um der Zersiedelung aus Klimaschutzgründen entgegenzutreten. Die Garagenhöfe werden grundsätzlich als Bebauungspotential angesehen. Die Möglichkeiten zur innerstädtischen Verdichtung der Bebauung sind zu nutzen.
19	wohl c) mit der Einschränkung das der weitere Ausbau der Windenergie in Brandenburg entsprechende Netzkapazitäten voraussetzt, die erst noch geschaffen werden müssen. Gegen Windkraftanlagen gibt es auch durchaus Vorbehalte in der Bevölkerung durch Geräuschentwicklung der Anlagen und Schlagschatten, vgl. PNN vom 15.09.2008.

Antworten der Familienpartei

1	die Zusammensetzung aus Angebot und Nachfrage lässt keine andere Möglichkeit zu.
3	darüber hinaus sollte die Stadt Aufklärung zu den Möglichkeiten der Nutzung erneuerbarer Energien betreiben, Genehmigungsverfahren vereinfachen und die Nutzung ggfls. gezielt fördern.
4	Durch die Einführung des Wärmegesetzes sowie durch die EnEV 2009 wird es nahezu unmöglich Neubauten ohne regenerative Energien zu errichten. Daher sind wir der Ansicht, dass eine zusätzliche Förderung nicht notwendig ist.
5	Siehe 4
10	Es bedarf vor jeder Forderung einer Machbarkeitsstudie um sich nicht mit zu hohen oder unrealistisch niedrigen Forderungen unglaubwürdig zu machen.
11	darüber hinaus regt die Fraktion Familien-Partei die Einführung eines speziellen Sommertarifes für Fernwärme an. Hintergrund: Die Fernwärmeversorgungsleitungen, welche im Sommer ganztägig ca. 90°C heißes Wasser durch Potsdam führen um lediglich die Warmwasserversorgung zu gewährleisten sind ökonomisch und ökologisch nicht als Optimal anzusehen. Der Markt an Anlagen, welche aus Wärme Kälte Generieren, ist bereits im Aufbau. Auf diese Weise können Klimaanlage im Sommer die Kühlung mit Fernwärme mit günstigen laufenden Kosten realisieren und gleichzeitig die Fernwärmenetze besser auslasten. Hierzu bedarf es Anreize in Form von günstigen Tarifen und Aufklärung.
16	gerade im Contracting sieht die Fraktion in Zeiten knapper Kassen und steigender Energiepreise einen wesentlichen Lösungsansatz.
18	Wir denken, dass das Einsparpotenzial im Wohngebäudebereich eher begrenzt bzw. bereits ausgeschöpft ist. Allerdings sollten in allen statischen Einrichtungen die Mitarbeiter geschult und sensibilisiert werden mit Energie verantwortungsvoll umzugehen. Evtl. sollten Anreize geschaffen werden.
19	wir sollten unseren Einfluss als Landeshauptstadt nutzen und auf zielgerichtete Förderprogramme hinarbeiten.
20	es bringt nichts, nur die Auswirkung zu mindern - langfristig hilft es nur den Ursachen entgegenzuwirken.

10	klare Zielvorgaben sind sinnvoll. Da das Land Brandenburg bis 2020 einen höheren Anteil an regenerativen Energien erreichen wird, sollte der städtische Anteil mindestens um den gleichen Anteil erhöht werden. Die Landeshauptstadt sollte darüber hinaus einen Vorbild-Charakter ausstrahlen.
11	Wir halten es für sinnvoll, in größeren Neubaugebieten Blocklösungen für Wärme-Kraft-Kopplung zu finden. Diese Blocklösungen können auch durch die EWP betrieben werden. Tendieren im Übrigen zwischen b) und c) eher zu b)
12	der Klimaschutzrat soll die Direktiven ausgeben. Das Energiemanagement soll für die Umsetzung sorgen.
13	b) und c) befürwortenswert. Sollte in den städtischen Planungen berücksichtigt werden. Verarbeitung des Biogases im Heizkraftwerk ist doppelt sinnvoll (Erhöhung des Anteils regenerativer Energien und größere Unabhängigkeit vom Einkaufspreis).
14	Aufnahme des Klimaschutzes als ein Hauptziel.
15	Hier sehen wir die wesentliche Stellschraube und die Hauptaufgabe der Stadtverordneten, nämlich bereits im Planungsverfahren aktiv zu werden.
16	Wir würden uns für die Etablierung eines städtischen Energiemanagements in der SVV stark machen.
17	Einführung des Nulltarifes als Konzept zur Veränderung des Modal Split. Ausbau des Radwegnetzes, wo nicht vermeidbar auch zu Lasten des Autoverkehrsnetzes. (Wir haben massiv versucht zu verhindern, dass 2008/2009 der Hauptteil des Geldes für Radwege in die Trambrücke gesteckt wird.)
18	Vorbildwirkung ist wichtig z.B. durch Forderung nach einem Null-Energie-Landtages
19	Mitarbeit in regionalen Planungsgemeinschaften (Windparks)
20	Aufgrund der Milliardengewinne der am Energiemarkt agierenden Monopolisten ist die Forderung nach Sozialtarifen nachvollziehbar und unterstützenswürdig. Es ist nicht einzusehen, dass der Milliardengewinn der schwedischen Staatsfirma Vattenfall ausschließlich dem schwedischen Sozialstaat zu gute kommt. Sozialtarife sollten allerdings nicht durch den Bund, sondern vornehmlich durch die Energieerzeuger getragen werden. Finanziellen Ausgleich könnte durch ein überdurchschnittliches Engagement in den erneuerbaren Energien in Aussicht gestellt werden.
Antworten der Grünen	
1	stark steigend (ca. 4 - 8 % jährlich oder darüber); durch die sinkenden Vorräte und die steigende Nachfrage (Peak-Gas).
3	wie c), darüber hinaus müssen erneuerbare Energien Berücksichtigung in der Bauleitplanung finden bspw. durch einen Pflichtanteil von erneuerbaren Energien bei Neubauten.
6	wie c), aber Solaranlagen sollten außerhalb des Straßenbildes angebracht werden (z.B. Dach straßenabgewandten Seite; gutes Beispiel: Haus der Natur).
7	wie b), aber ohne Pachtzahlung der Nutzer, wenn es sich um Bürgersolaranlagen handelt.
17	wie b), darüber hinaus wollen wir den Radverkehr in Potsdam deutlich attraktiver machen; im Stadtgebiet flächendeckend Tempo 30 einführen bis auf wenige begründete Ausnahmen (z.B. Heinrich-Mann-Allee, Potsdamer Straße, Zeppelinstr.), konsequente Parkraumbewirtschaftung und Umweltzonen können wir uns vorstellen.
18	wie c) außerdem sollen Eigeninitiativen wie Schulprojekte oder Engagement von Bürgervereinen auf diesem Feld besonders hervorgehoben werden.
19	wie c) Die Stadt soll auf die Einrichtung einer Solarpflicht für Neubauten im Land Brandenburg hinwirken.

Kommentar des Energie Forum Potsdam zu den Positionen und Anregungen der Potsdamer Politik.

Sämtliche angesprochene Parteien/Wählergemeinschaften haben den Fragebogen mit viel Engagement beantwortet, ihre Antworten sachkundig begründet und eigene Gedanken zum Thema vorgetragen. Das Thema Klimaschutz scheint in seiner Wichtigkeit und Brisanz also auch in der Kommunalpolitik angekommen zu sein. Im Zusammenspiel mit dem in der Kommunalverwaltung bereits angeschobenen Prozess – Gründung eines Klimaschutzrats, entsprechender Arbeitsgruppen und Formulierung eines allgemeinen CO₂-Minderungsziels – stimmt diese Entwicklung optimistisch für die kommende Legislaturperiode.

Einige Punkte aus der interessanten und engagierten Diskussion sollen hier aufgegriffen und aus der Sicht des EFP kommentiert werden.

Als Grundlage für ein zukünftiges Klimaschutzkonzept wurde in großer Einmütigkeit befürwortet, eine fachkundige Potenzialabschätzung zur möglichen Erschließung erneuerbarer Energiequellen zu beauftragen. Als weitere Planungshilfe hierfür wurde vom Bürger Bündnis die Erstellung eines Energiekataster angeregt, in dem der Ist-Zustand des Energieverbrauchs in Potsdam festgehalten wird. Die Familienpartei forderte eine umfassende Erfassung der Energiewerte kommunaler Liegenschaften.

Lässt man die denkbaren Energiequellen Revue passieren, fallen die Positionen der Parteien/Wählergemeinschaften etwas differenzierter aus. Die energetische Nutzung des Potsdamer Abfallaufkommens wurde noch von allen befürwortet. Die Nutzung der Sonnenenergie über thermische Kollektoren oder PV-Module wurde auch weitgehend positiv gesehen, beim Interessenskonflikt mit dem Denkmalschutz unterscheiden sich die Positionen jedoch merklich. Bei der Windenergie wurde deutlich, dass es sich in Potsdam/Brandenburg hierbei um ein sehr emotionales Thema handelt, welches im Wahlkampf nicht sachlich diskutiert werden konnte.

Bei der Frage ob bestimmte Anteile erneuerbarer Energie bei Neubauten vorgeschrieben werden sollten, wurde von der Familienpartei und der FDP darauf hingewiesen, dass ab 1.1.2009 durch die Novellierung der EnEV und das neue EEWärmeG ohnehin weitgehende rechtliche Anforderungen an Neubauten gestellt werden. Vorhandene Gesetze sollten genutzt werden! Im Bestand wurde auf das Marktanreizprogramm der Bundesregierung und auf Förderprogramme der KfW hingewiesen. Bei der Modernisierung des Zähl- und Messwesens ist die Lage ähnlich: ab 2010 sind so genannte intelligente Zähler in Neubauten und Totalsanierungen Pflicht (siehe Anmerkung der FDP).

Generell wurde bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen und bei den Fördermöglichkeiten ein Informationsdefizit sowohl bei der Verwaltung als auch bei den Bürgern beklagt (FDP und Familienpartei). Dieses zu überwinden, sollte ein wichtiger Teil der zukünftigen Arbeit sein.

Die Potsdamer Politik ist sich einig, dass die Stadt ihrer Vorbildfunktion gerecht werden sollte und beim eigenen Immobilienbestand größere Anstrengungen unternehmen muss. Die Antworten sind aber auch von Realismus geprägt, zum einen sollte das technisch machbare erst einmal untersucht werden (Fam. Partei), zum anderen sollte der Finanzbedarf nicht unterschätzt werden (FDP). Eine wichtige Anregung kam von der Wählergruppe Die Andere. Sie forderte einen „Null-Energie-Landtag“. Diese Forderung möchte das EFP gerne aufgreifen, denn es wäre äußerst bedauerlich, wenn diese einmalige Gelegenheit, hier einen zukunftsweisenden Bau mit Vorbildcharakter zu realisieren, verschenkt würde. Zumal die Berliner Parlamentsgebäude hier schon Maßstäbe gesetzt haben und das Know-how für deren Planung unter anderem aus Potsdam kommt (GFZ).

Neben der Notwendigkeit verstärkter Bemühungen beim Klimaschutz ist auch das drohende Problem bei der Versorgungssicherheit in den Fokus der Potsdamer Politik gerückt, immerhin rechnen alle befragten mit deutlichen

Preissteigerungen in der Zukunft. Die Linke rechnet mit 3% jährlich, alle anderen mit 4-8%, die Familienpartei sogar bis zu 10 % was einer 2,5-fachen Preissteigerung in den nächsten 10 Jahren entsprechen würde. Bei steigenden Energiepreisen steigt auch das Risiko, von sogenannter Energiearmut betroffen zu sein. Hiervon wird gesprochen wenn sich Haushalte mit geringem Einkommen Strom und Wärme nicht mehr leisten können.

Bei der Frage ob vor diesem Hintergrund Sozialtarife zu befürworten sind, unterscheiden sich die Antworten der Parteien/Wählergemeinschaften sehr deutlich. Um sozial benachteiligte zu unterstützen, treten die Linke und die Andere eindeutig für die Einführung von niedrigeren Tarifen für sozial schwache Familien ein. Diese Maßnahmen sollen aus den Gewinnen der Energieversorger gegenfinanziert werden. Für gänzlich falsch halten CDU, Familienpartei, FDP und Grüne diesen Ansatz da er das Problem nicht an der Ursache bekämpft und den Anreiz zum Energiesparen vermindert. Vielmehr sollten diese Familien durch gezielte Beratung zum Sparen animiert und bei der Anschaffung sparsamer Haushaltsgeräte unterstützt werden. Dass diese Strategie durchaus zum Ziel führen kann, bekräftigt der Nationale Energieeffizienzplan des BMU. Dieser besagt, dass ein mittlerer 2,13 Personenhaushalt im Durchschnitt noch 3500 kWh Strom pro Jahr verbraucht, das Einsparpotenzial durch den Einsatz sparsamer Geräte und der Vermeidung von Standbyverlusten sich jedoch auf mehr als 2000 kWh/Jahr beläuft. Der Stromverbrauch eines Durchschnittshaushaltes könnte also mit einfachen Mitteln mehr als halbiert werden.

Ein interessanter Vorschlag kam aus den Reihen der SPD. Jeder Kunde solle einen Sockelbetrag Strom (z. B. 500 kWh/Person und Jahr) zu sehr günstigen Konditionen beziehen können, jede kWh, die über diesen Betrag hinausgeht, würde jedoch wesentlich teurer. Dieser Vorschlag hätte mehrere Vorteile. Die Umsetzung könnte kostenneutral gestaltet werden, sparsame Haushalte würden deutlich entlastet und der Anreiz zum Stromsparen könnte aufrechterhalten werden.



Größte Einmütigkeit bestand zwischen den Parteien/Wählergemeinschaften bei der deutlichen Forderung gegenüber der EWP, nicht nur eine Rolle als Energielieferant zu spielen, sondern sich in Zukunft als Energiedienstleister zu positionieren und aktiv die energetische Zukunft Potsdams zu gestalten. Zum einen indem alternative Energiequellen erschlossen werden, zum anderen indem das jetzt Verfügbare noch effizienter genutzt wird. Zu diesem Punkt kam vom Vertreter der Familienpartei ein interessanter Vorschlag: Da die Fernwärmeleitungen im Sommer ohnehin für die Deckung des Warmwasserbedarfs arbeiten (leider mit hohen Verlusten), schlug die Familienpartei vor im Sommer einen verbilligten Fernwärmetarif zu Nutzung in thermischen Kälteanlagen anzubieten. Dies wäre im Sinne einer effizienten Nutzung von Primärenergie und käme dem erklärten Ziel der Bundesregierung, den Anteil KWK-Stroms in Deutschland auf 25% zu erhöhen, eindeutig entgegen.

Zum Thema Verkehr plädierten alle Parteien/Wählergemeinschaften für eine Verbesserung des Radwegenetzes und wollen hiermit den Anteil der mit dem Rad zurückgelegten Fahrten erhöhen. Aber auch wesentlich weitergehende Maßnahmen wie flächendeckend Tempo 30, „Shared Space“ Zonen (Grüne), höhere Parkgebühren, Fahrverbotszonen und -zeiten finden Befürworter (Linke). Mehrfach wurde in großer Übereinstimmung betont, dass ÖPNV, Fußgänger und Fahrradfahrer in der Stadt Vorrang haben und besonders gefördert werden sollten.

Insgesamt schätzt das EFP die Ausgangslage für diese Legislaturperiode als äußerst günstig ein. Beim Thema Klimaschutz und Sicherung der Energieversorgung zieht die Potsdamer Politik, trotz unterschiedlicher Auffassungen bei einigen Punkten, an einem Strang. Sollten die hier abgegebenen Standpunkte im Laufe der Zeit in Vergessenheit geraten, wird das Energie Forum Potsdam dafür sorgen, dass sie wieder auf die Tagesordnung kommen. Diesem Zweck soll auch diese Niederschrift dienen.

Impressum

ENERGIE FORUM POTSDAM e.V.

Virchowstr.13, 14482 Potsdam

Tel 0331 - 748 25 56

Fax 0331 - 740 85 93

Mob 0172 - 301 57 05

s.grzimek@t-online.de

www.energie-forum-potsdam.de

